Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
nholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Rm. monatlich, einschließlich 0,25 Rm. Botenlohn. Durch die Post 2,20 Rm. einschl. 0,38 Rm. Postgebühren, zuzüglich 0,42 Rm. Bestellgeld 2,52 Rm. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 0,10 Rm. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 0,80 Rm. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Reallschulstraße 14. Fernsprecher 3247. Annahmestelle für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (E. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Gneisenaustraße 85 H. Querbach), Potsdamstraße 8 (W. Howes).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 24 | Montag, den 25. Januar 1937 | Jahrgang 1937

Léon Blum über das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich

Er lehnt zweiseitige Verträge ab und fordert den „unteilbaren Frieden". Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen und politischen Problemen.

Die Rede in Lyon.

(!) **Paris**, 24. Januar.

In Lyon fand am Sonntag die angekündigte Volksfrontkundgebung statt, die ihren Höhepunkt in der Rede des Ministerpräsidenten Blum fand. 15 Minister und Unterstaatssekretäre, darunter auch Außenminister Delbos, Parlamentarier und hohe Beamte, hatten den Ministerpräsidenten nach Lyon begleitet.

Die Straßen der Stadt boten ein ungewohnt lebhaftes Bild. Leon Blum begab sich zunächst in das Gewerkschaftshaus, wo er an etwa 3000 Mitglieder der marxistischen Gewerkschaft eine kurze Ansprache richtete. Nach einem Besuch bei Bürgermeister Herriot begaben sich der Ministerpräsident und seine Begleiter zur „Arbeiterbörse", wo ein Festessen von 2000 Gedecken stattfand.

Nach Schluß des Essens nahmen die Vertreter der der Volksfront angehörenden Linksparteien und Verbände das Wort, darunter auch Herriot und der Sekretär der kommunistischen Partei, Duclos. Herriot zollte dem Ministerpräsidenten Lob dafür, daß er den Frieden bewahrt habe. Die übrigen Volksfrontredner betonten, von häufigem Beifall unterbrochen, den festen Zusammenhang der Volksfront.

Dann nahm Leon Blum das Wort vor etwa 6000 Personen/ denn inzwischen hatten sich die Zuschauertribünen und die anliegenden Säle mit weiteren Zuhörern gefüllt. Seine Worte wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Ministerpräsident Léon Blum

wies in seiner Rede einleitend darauf hin, daß die Volksfront fest stehe. Das ermutige die Volksfront, den beschrittenen Weg weiter zu verfolgen. Die Regierung werde das tun, indem sie dem Parlament Reformen, wie die Schaffung eines nationalen Arbeitslosenfonds, eine Versicherung gegen landwirtschaftliche Schäden aller Art usw. vorlegen werde. Blum betonte fortfahrend, daß er sich keineswegs die Schwierigkeiten verhehle, die noch zu überwinden seien. Die französische Regierung müsse einen ganzen Komplex von wichtigen Maßnahmen verdauen und verarbeiten, von dem sie fast gleichzeitig betroffen worden sei. Das Verhältnis zwischen den inneren Kurven und den Löhnen sei noch schwierigen Versuchen unterworfen. Haushalt, Schatzamt und Markt hätten noch nicht ihr normales Gesicht wiedergewonnen.

Ich würde, so sagte Léon Blum, sicherlich lügen, wenn ich behauptete, daß die ausgewanderten Kapitalien bereits ins Mutterland zurückgekehrt seien, oder daß die Hortung des Goldes und der Banknoten nur noch der Vergangenheit angehöre. Einesteils habe die wirtschaftliche Ankurbelung die finanziellen Schwierigkeiten für die Gegenwart noch vergrößert.

Der steigende Privatbedarf geselle sich zu dem öffentlichen Bedarf, dessen Gründe man kenne: Fehlbeträge des Haushalts, Rüstungsprogramm, Fehlbetrag der Eisenbahn, außerordentliche Ausgaben oder Vorschüsse sozialer oder wirtschaftlicher Art, die niemand bedauern dürfe, da sie gerade den Start ermöglicht hätten. Die Preisbewegung müsse genau kontrolliert werden. Im ganzen sei er optimistisch. Die Besserung der wirtschaftlichen Lage sei bereits eine Tatsache, und man sehe in einem zweiten bald bevorstehenden Stadium die Rückwirkung auf die gesamte Finanzlage. Diese Voraussage habe zur Vorbedingung, daß die innere Ordnung andauere und immer fester werde. Vorbedingung sei natürlich auch, daß nicht zu oft Sturmzeichen den Wetterzustand Europas zu schwer störten. Die Regierung habe sich nicht darauf beschränkt, den Kriegsgefahren vorzubeugen oder sie zu beschwören; sie habe sich bemüht, durch alle möglichen Mittel Europa zu einem Zustand der Stabilität und der Eintracht zu bringen, auf dem sich der Frieden begründen könne.

Ich gelange jetzt, so fuhr Ministerpräsident Blum fort, zu dem Teil meiner Rede, der, wie ich weiß, überall mit aufmerksamsten Interesse erwartet wird. Nach den Pariser Zeitungen haben alle Zeitungen Europas und der Welt nach Belieben wiederholt, daß ich am 24. Januar in Lyon die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs behandeln würde.

Ich werde sie also behandeln, da die internationale Presse so entschieden hat. Wenn ich heute schweigen würde, wäre das eine Art des Sprechens.

„Unmittelbare Aussprache mit Deutschland", was bedeutet das eigentlich? Wir haben stets unmittelbare Besprechungen mit Deutschland durch Vermittlung des deutschen Botschafters in Paris oder des französischen Botschafters in Berlin, durch Fühlungnahme unserer Minister, wenn sie das Glück haben, einander zu treffen. Unmittelbare Verhandlungen bestehen also; aber ich fürchte, wenn man von unmittelbarer Verhandlung spricht, denkt man in Wirklichkeit an etwas anderes. Unmittelbare Verhandlung bedeutet in der Auffassung der Männer, die diesen Ausdruck am liebsten brauchen, in Wirklichkeit „gesonderte Regelung". Man versteht darunter, daß zwischen Deutschland und Frankreich nach einer Aussprache zu zweien ein festes Abkommen zustande kommen könnte, ohne daß andere Mächte an der Aussprache teilnehmen oder an die Lösung gebunden werden.

Natürlich läuft diese Auffassung auf die von Reichskanzler Hitler befürwortete und angewandte Methode hinaus, die auf den Abschluß von zweiseitigen Pakten abzielt, die gesondert von einem Staat mit jedem der Staaten abgeschlossen werden, die ihn umgeben oder interessieren, und die in ihrer Verhandlung wie in ihren Auswirkungen voneinander getrennt werden. Diese Methode befürwortet und wendet die französische Regierung nicht an.

Ich glaube, Wirklichkeitssinn zu beweisen, wenn ich erkläre, daß wir die französische Sicherheit nicht vom europäischen Frieden trennen wollen, und wir wollen das nicht, weil wir es nicht können. Wir sind überzeugt, daß keine für Frankreich besonders geschaffene Verpflichtung die Sicherheit Frankreichs verbürgen würde. Das ist die Ueberzeugung, die durch die oft so falsch verstandene Formel vom unteilbaren Frieden zum Ausdruck gebracht wird. Wir können in Europa nicht gleichgültige Zuschauer bleiben. Wir sind Mitglieder des Völkerbundes. Wir sind seinen Grundsätzen und seinen Satzungen treu. Wir haben Freundschaften angeknüpft, an denen wir voll und ganz festhalten. (Auch mit Moskau! Die Schriftleitung.) Wir haben Verpflichtungen übernommen, denen wir uneingeschränkt treu bleiben. Unser Ziel bleibt, um eine Wendung der Londoner Verlautbarung vom Juli wieder aufzunehmen, die Gesamtregelung der europäischen Probleme. Wir haben bewiesen, daß wir, um dazu zu gelangen, bereit sind, den freimütigsten, uneigennützigsten, ja ich möchte beinahe sagen, den vollsten Beitrag zu liefern.

Aber wir suchen im Hinblick auf eine allgemeine Regelung oder inmitten einer allgemeinen Regelung die Lösung des deutsch-französischen Problems. Ich halte die Regelung weiterhin für möglich, wenn alle europäischen Nationen einen gleich guten Willen zeigen. Aber ich bin, wie es Eden am Dienstag in seiner Rede gesagt hat, der Ansicht, daß diese Möglichkeit zur gegenwärtigen Stunde im wesentlichen von Deutschland abhängt. Ich möchte mich zu diesem Punkt mit einer uneingeschränkten Freimütigkeit äußern. Man sieht gerade in dieser Zeit, wie der deutsche Staat seine ganze Organisationsgabe und die ganze Macht seines nationalen Willens einsetzt, um ernste Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art zu überwinden. In vielen Köpfen ist daher von selbst der Gedanke an eine Art Austausch, eine Art Vertrag wach geworden, durch den Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet eine Hilfe erhalten würde, die es durch eine befriedigende Teilnahme an der friedlichen Regelung der europäischen Lage wettmachen würde. Ich möchte mich nicht auf diesen Boden stellen. Ich bin nicht der Ansicht, daß wir Deutschland etwas vorschlagen sollten, was einem Handel ähnelt. Wir sind uns unserer nationalen Würde zu sehr bewußt und wir sind zu sehr entschlossen, nötigenfalls deren Achtung durchzusetzen, um nicht selbst die Würde der anderen Nationen zu achten. Noch ferner liegt uns der falsche wie gefährliche Gedanke ,daß die Verschlimmerung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschland eines Tages zwingen könnte, um Hilfe zu bitten und Bedingungen zu erdulden.

Schließlich hüten wir uns, einen Zweifel zu hegen an dem Friedenswillen, den Reichskanzler Hitler bei feierlichen Gelegenheiten proklamiert hat. Wenn eines Tages Abkommen zustande kommen sollten, so können und dürfen sie nur in einem Geiste des Vertrauens und auf einem Fuße der Gleichheit abgeschlossen werden.

Nach dieser Einleitung ist es eine offenkundige Wahrheit, vor der niemand die Augen verschließen kann. Wie kann man sich aber beim gegenwärtigen Stand Europas, während die Empfindsamkeit der Völker seit langen Monaten einer Herrschaft zeitweilig wiederkehrender Erschütterungen ausgesetzt ist, und während das Wettrüsten überall in beschleunigterem Tempo als vor dem Kriege fortgesetzt wird, Wirtschaftsabkommen unabhängig von der politischen Regelung denken? Welches Volk würde einwilligen, mit einem anderen Volk zusammenzuwirken, sei es durch Eröffnung von Krediten, sei es durch Besserung seiner Rohstoffversorgung, sei es durch Erleichterungen für die Siedlung oder Kolonisierung, wenn es auch im geringsten Maße Bedenken haben müsse, daß die von ihm geleistete Hilfe Gefahr läuft, sich eines Tages gegen es zu richten, daß die Kredite, die Rohstoffe, die auswärtigen Niederlassungen noch eine militärische Stärke und eine militärische Möglichkeit (potentiell) steigern würden, deren Opfer es selbst oder seine Freunde sein würden?

Es besteht also eine notwendige Verbindung, ein unvermeidlicher Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit einerseits, der friedlichen Organisierung und dem Aufhalten des Wettrüstens auf der anderen Seite. Um gemeinsam arbeiten, muß man im Frieden arbeiten können.

Dieser Zusammenhang ist ebenso offenkundig, wenn man das Problem umkehrt. Ich habe die innere Ueberzeugung, daß gerade die übertriebenen Rüstungen Europa zwingen werden, die Frage der Abrüstung einer erneuten Prüfung zu unterziehen. Ein Abkommen über die Begrenzung und allmähliche Beschränkung der Rüstungen muß notwendigerweise Bestandteil einer allgemeinen Regelung der europäischen Probleme sein. Aber die Kriegsmaterialherstellung nimmt heutzutage einen solchen Platz in der Erzeugung der industriellen Völker ein, daß es wahrscheinlich unmöglich wäre, einfach ihren Stillstand anzuordnen, ohne sich der Gefahr schwerer innerer Krisen auszusetzen.

Vielleicht ist es nicht mehr möglich, ein internationales politisches Abrüstungsabkommen ins Auge zu fassen, das nicht ein internationales Wirtschaftsabkommen zum Gegenstand hätte, das Ersatzabsatzmöglichkeiten für die Unternehmen und für die Arbeitskräfte bereitstellt. So würden ganz natürlich die Fragen der Ausrüstung und großer Arbeiten in Europa, in den Kolonien und in der Welt auf den Plan treten, d. h. die Fragen der materiellen und technischen Zusammenarbeit, die Kreditfragen, die finanzielle Zusammenarbeit. Ich komme hier auf gewisse

Zweistündige Unterredung Görings mit Mussolini.

Uebereinstimmung festgestellt – Enge Fühlung auch in Zukunft.

Abschied von Rom.

▲ **Rom**, 23. Januar.

Ministerpräsident Generaloberst Göring hatte am Samstag in Rom mit dem italienischen Regierungschef Mussolini im Beisein des Außenministers Grafen Ciano eine zweistündige Unterredung, in der die Uebereinstimmung über die in den vorausgegangenen Zusammenkünften erörterten Probleme festgestellt und vereinbart wurde, wegen dieser Fragen auch für die Zukunft in enger Fühlung zu bleiben.

Ministerpräsident Göring und Frau Göring verließen am Samstag kurz vor 19 Uhr mit Sonderzug Rom. Mussolini war bereits vor ihrer Ankunft auf dem Bahnsteig in Begleitung von Außenminister Graf Ciano eingetroffen. Der Duce begrüßte sofort die unter Landesgruppenleiter Ettel in Uniform angetretenen Amtswalter der Ortsgruppe Rom der AO. der NSDAP. und schritt dann unter den Klängen der faschistischen Nationalhymne die Ehrenkompanie ab. Göring wurde bei seiner Ankunft schon vor dem Bahnhof mit tausendfältigen Heilrufen von Abordnungen aller faschistischen Organisationen Roms begrüßt. Auf dem Bahnsteig ging ihm Mussolini entgegen und hieß ihn mit großer Herzlichkeit willkommen. Beide begrüßten dann die Ortsgruppenleitung und schritten darauf unter den Klängen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes die von der italienischen Luftwaffe gestellte Ehrenkompagnie ab. Ihr gegenüber waren die HJ. und der BDM Roms vollzählig in ihren Uniformen mit ihrer Fahne angetreten. Unterdessen waren Frau Göring von italienischen und deutschen Freunden wiederum prächtige Blumengebinde überreicht worden.

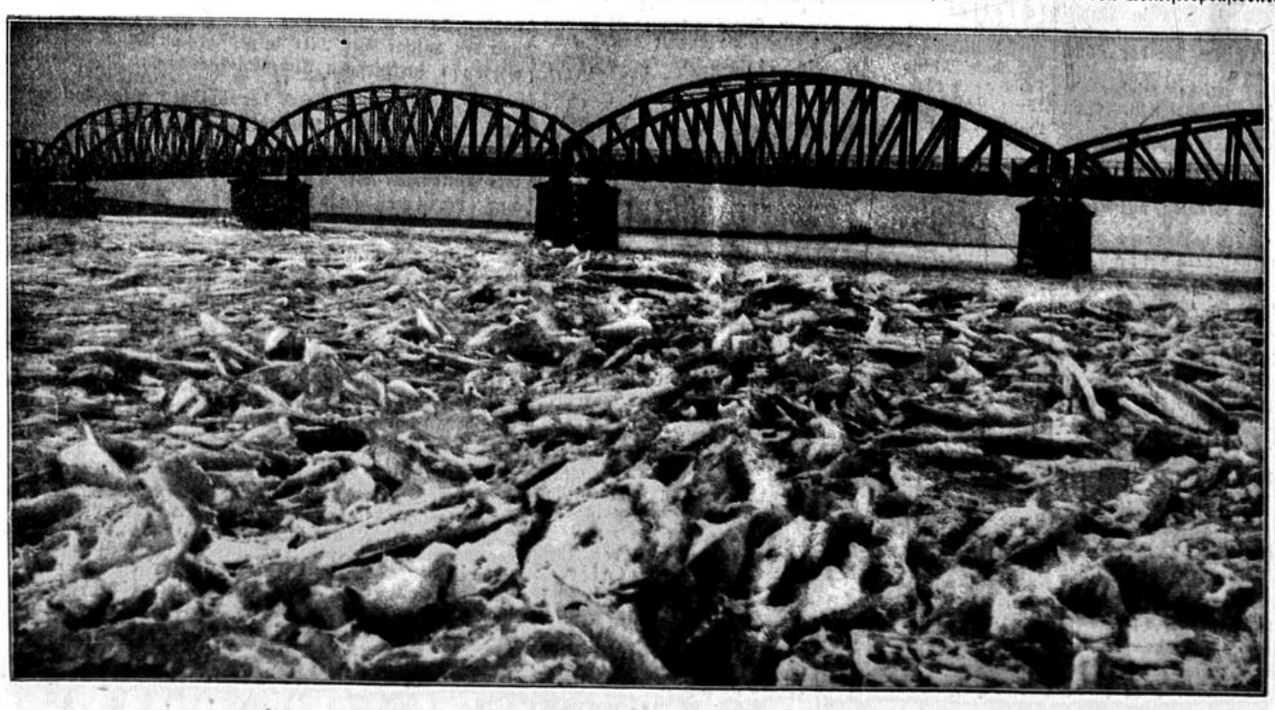
Nach einem überaus herzlichen Abschied vom italienischen Regierungschef und den übrigen hohen Beamten und Würdenträgern des faschistischen Italien bestieg Generaloberst Göring den Zug, der sich alsbald unter den Klängen der deutschen Nationallieder und den begeisterten Heilrufen der deutschen Jugend in Bewegung setzte. Ein offizielles Ehrengeleit begleitet den Ministerpräsidenten bis zur Grenze.

Göring wieder in Berlin.

DNB **Berlin**, 24. Januar.

Ministerpräsident Generaloberst Göring und Frau trafen am Sonntag um 19,48 Uhr mit dem fahrplanmäßigen FD-Zug wieder in Berlin ein.

Zum Empfang hatten sich neben Staatssekretär Körner und dem Führer der Wachstandarte „Feldherrnhalle", Brigadeführer Reimann, auch der königlich-italienische Botschafter Exzellenz Attolico und der italienische Luftfahrtattaché Oberstleutnant Teucci eingefunden, die den Ministerpräsidenten aufs herzlichste begrüßten.



Fortdauer der großen Kälte im Osten Deutschlands.

Die Oder, der große Schiffahrtsweg im Osten des Reiches, ist jetzt durch starke Eisbildung vollkommen blockiert. Die Schiffahrt mußte eingestellt werden. Gewaltig stauen sich die Eismassen an der Oderbrücke bei Schwedt.

(Presse-Illustration.-Hoffmann-M.)

Die wichtigsten Sportereignisse.

Bei den Westdeutschen Ski-Meisterschaften in Winterberg wurde der Soldat Wimmer-Arnsberg Meister. — Wörndle und Cristl Cranz siegten bei der Wintersport-Woche in Garmisch-Partenkirchen.

Bei der Schwimmprüfung der westfälischen Jugend in Gladbeck taten sich viele junge Kräfte hervor.

Den Fußball-Länderkampf Frankreich gegen Oesterreich gewann Oesterreich in Paris 2:1. — Der 1. FC Nürnberg verlor gegen FC Schweinfurt. — Schalke 04 siegte 12:1.

„Die Nacht" in der Deutschlandhalle gewannen Schön-Pellenaers.

Anregungen des Planes, den zu Beginn der Krise das internationale Arbeitsamt im Einvernehmen mit den Gewerkschaftsverbänden aufgestellt hatte, und ich komme damit auch auf die Gedanken, die meine Freunde und ich nach dem Kriege für die Lösung des Reparationsproblems angeregt hatten.

Enge Verbindung des deutsch-französischen Problems mit dem gesamteuropäischen Problem, notwendiger Zusammenhang der wirtschaftlichen Zusammenhänge mit der politischen Regelung und der Organisierung des Friedens, das sind meine Schlußfolgerungen.

Ich weiß, daß sie banal sind. Aber ich hatte Sie vor der Enttäuschung gewarnt. Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß die französische Regierung heute ebenso bereit ist, wie sie morgen bereit sein wird, durch Handlungen ihren heißen Willen zu bekunden, Europa und der Welt die wahre Sicherheit wiederzugeben, das heißt, das innere tiefe Gefühl, daß die Welt wieder friedlich geworden ist, daß keine Befürchtung mehr auf ihr lastet, daß sie die Ruhe ihrer Arbeit und ihres Schlafes wiedergefunden hat. Eden hat in der Rede, auf der ich mehrmals zurückgegriffen habe, und mit der ich gedanklich und gefühlsmäßig einverstanden bin, gesagt, „wir können die Welt nicht durch Pakte und Verträge heilen, auch nicht durch noch so schöne und vom Friedensgeist durchdrungene Reden; was nötig ist, das ist der Wille, der unbestreitbare Wille zur Zusammenarbeit." Dieser Wille ist in Frankreich einmütig vorhanden. Er ist so offenkundig und hat sich so offen gezeigt, daß ihn wohl niemand in der Welt anzuzweifeln denkt.

Aber wie wir es wünschen und hoffen, daß auch Deutschland seinen Willen der Zusammenarbeit bekundet, sind wir bereit, mit ihm wie mit allen anderen Völkern ohne irgendeinen Hintergedanken und ohne irgendeine Hemmung zu arbeiten.

In der gemeinsamen Anstrengung werden wir uns von niemanden übertreffen lassen und wir können uns nichts glücklicheres für Europa vorstellen, als den edlen Wetteifer zum Frieden, der dann anheben würde. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das, wofür uns das Land vielleicht heute am meisten Dank weiß, unsere hartnäckige und unerschütterliche Anstrengung ist, den unteilbaren Frieden zu wahren. Wir werden nicht vergessen, daß in der Formel der Volksfrontzusammenfassung der Friede der Ausdruck ist, der die beiden anderen Begriffe beherrscht, da ein Volk ohne Frieden auch kein Brot hat und da es, wenn es den Frieden verliert, stets Gefahr läuft, seine Freiheit zu verlieren.

*

„Ohne Hintergedanken".

Zur Rede Blums schreibt der „Deutsche Dienst" folgendes:

Der französische Ministerpräsident Leon Blum hat in Lyon eine Rede gehalten, der die Pariser Presse die Bedeutung eines europäischen Ereignisses vorausgesagt hatte. Blum bekannte, daß er durch die Voraussage überrascht worden sei, aber dennoch bereit sei, über das deutsch-französische Verhältnis zu sprechen. Die Worte, die er an Deutschland richtete, waren nach jeder Richtung hin verbindlich, und es war nichts in seinen Ausführungen, was Deutschland hätte kränken und die gute Absicht seiner Führung in Zweifel hätte ziehen können. Er erklärte, daß er an dem von Adolf Hitler mehrfach feierlich proklamierten Friedenswillen nicht zweifle und mit Befriedigung kann man auch feststellen, daß er nichts vorschlagen wolle, was einem Handel ähnlich sehe, obwohl die Idee entstanden sei, daß eine Hilfe für Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete nur dann in Frage komme, wenn es sich zu einer befriedigenden Teilnahme an der friedlichen Regelung der europäischen Lage bereit findet. Es sei auch nicht sein Wunsch, eine mögliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu einem politischen Zwange auszunutzen und Deutschland zu nötigen, um Hilfe zu bitten und sich politischen Bedingungen zu unterwerfen. Wenn Herr Blum jedoch versichert, er sei immer bereit gewesen, die aufrichtigste und freieste Anstrengung zu machen, um voller Freimütigkeit die allgemeinen Probleme anzuschneiden, die das politische Leben zweier großer Staaten aufwirft, so vermögen wir ihm darin nicht zuzustimmen. Er verwirft die Methode der zweiseitigen Pakte und sucht die französische Sicherheit wiederum im Rahmen des kollektiven Friedens, indem er sich auf die Grundsätze des Völkerbundes beruft. Gleichzeitig versichert er, daß Frankreich seinen Freunden treu bleiben wolle.

Aber die Erfahrungen Deutschlands können die Forderungen nach dem unteilbaren Frieden nicht für die einzig wirksame Methode anerkennen. Gerade die Freunde und Verbündeten Frankreichs sind es gewesen, die den internationalen Kollektivismus mißbraucht haben, die sich von Frankreich Rüstungsanleihen geben ließen und durch ihre Haltung gegenüber Deutschland erkennen ließen, daß sie es nicht für nötig hielten, sich mit uns zu vertragen. Der französische Ministerpräsident hat einen Erfolg vorausgesagt, wenn alle gleich guten Willens seien, aber die Eindrücke der letzten 18 Jahre sind in Deutschland noch zu stark, als daß es das Vertrauen in diesen guten Willen bei allen anderen aufbringen könnte. Nichts hat Deutschland bisher auf dem Wege von Verhandlungen erreichen können, am wenigsten auf allgemeinen Kongressen. Und wenn es auf dem Wege zur Freiheit und Gleichberechtigung vorangekommen ist, dann nur deshalb, weil es sich den Weg selbst geöffnet und sich nicht mehr auf den guten Willen der anderen verlassen hat. Auch müssen wir bestreiten, daß unsere Methode der zweiseitigen Abmachung es an Wirklichkeitssinn hat fehlen lassen. Keiner unserer Partner, die sich auf diesem Wege mit uns verständigt haben, hat sich bisher übervorteilt gefühlt, und niemand konnte sich durch die zweiseitigen Abkommen Deutschlands in den letzten Jahren beeinträchtigt oder bedroht fühlen.

Im Gegensatz dazu stehen die zweiseitigen Verträge, die Frankreich trotz der durch den Mund seines Ministerpräsidenten verkündeten Grundsätze geschlossen hat.

Deutschland hat durch seine Abkommen mit Polen und Oesterreich, durch das Flottenabkommen mit England und durch seine direkte Aussprache mit Italien viele Gefahrenpunkte aus der Welt geschafft. Der französisch-sowjetrussische Pakt aber wird bis zum heutigen Tage nicht nur von Deutschland als eine große Gefahr für Europa angesehen.

Blum sollte die guten Ergebnisse unserer Methode erkennen und er sollte unsere Uneigennützigkeit dabei ebensowenig in Zweifel ziehen wie diejenige Englands oder Italiens und der anderen Staaten, mit denen eine Verständigung möglich war.

Oder wünscht Herr Blum, daß gerade die französische Sicherheit eine Sonderbehandlung erfahren soll? Oder soll das starre Festhalten an der alten Methode wieder dazu führen, daß Deutschland in die Zwangslage zurückversetzt wird, deren Aufrechterhaltung dem System des Völkerbundes und des Kollektivismus diente. Léon Blum will nicht, daß mit der Frage der politischen Verständigung ein Handelsgeschäft gemacht werde, und dennoch glaubt er, daß es heute nicht mehr möglich sei, gewisse politischen Fragen von den wirtschaftlichen zu trennen.

Der Wille zur Zusammenarbeit ist auf deutscher Seite uneingeschränkt vorhanden. Wenn der französische Ministerpräsident erklärt, daß auch er bereit sei, ohne Hintergedanken und ohne Hemmung in eine Aussprache mit Deutschland einzutreten, so mag das als ein gutes Vorzeichen für die Zukunft gedeutet werden; das Zurückgreifen auf die Vergangenheit aber wird immer wieder zu einer Politik im Kreise führen müssen.

Das Elend der Sudetendeutschen im Spiegel des Auslandes.

Feststellungen eines Engländers.

£ **London**, 25. Januar.

In der „Yorkshire Post" tritt in einem längeren Aufsatz der Engländer A. G. Dickson der in England weit verbreiteten Auffassung entgegen, daß die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei sich über nichts zu beklagen hätten. Dickson weist drauf hin, daß die Tschechoslowakei große völkische Minderheiten enthalte. Es befänden sich, so schreibt er, mehr Deutsche in der Tschechoslowakei als Dänen in Dänemark und Norwegen in Norwegen. Bei der Ausrufung der tschechoslowakischen Republik sei man über den Anspruch der Deutschen in Böhmen auf Anschluß an Oesterreich in Form einer autonomen Provinz einfach hinweggegangen. Nachdem man die Sudetendeutschen bei der Aufstellung der Verfassung der Republik nicht befragt habe und ihnen den Grundsatz nationaler Selbstbestimmung nicht zugebilligt habe, habe man auch nicht erwarten können, daß diese aus vollem Herzen beim Aufbau des neuen Staates mitarbeiten. Erst 1926 habe man sie aufgefordert, sich an einem Koalitionskabinett zu beteiligen. Die Tschechen seien zwar verpflichtet gewesen, ihren Minderheiten volle Gleichberechtigung zu gewähren, aber zwischen 1920 und 1926 seien von den Sudetendeutschen nicht weniger als 19 Petitionen wegen der Verletzung dieser Rechte an den Völkerbund gerichtet worden, ohne daß sie eine einzige Antwort erhalten hätten, von der Abschaffung der Uebel ganz zu schweigen.

Die deutschen Grundbesitzer in der Tschechoslowakei habe man bereits kurz nach dem Kriege enteignet und auch die Ersetzung 50 000 sudetendeutscher Beamter durch Tschechen habe wohl kaum dazu geführt, die Angänglichkeit der Sudetendeutschen zu gewinnen.

Was von den Sudetendeutschen als unerhörte Unterdrückung bezeichnet worden sei, sei aber stets von den Tschechen als „Wiederherstellung des Gleichgewichts" angesehen worden. In der Landwirtschaft, in der Industrie, im Handel, beim Transportwesen, bei den Beamten, in der Armee und in den freien Berufen erweise beispielsweise die Statistik von 1930 gegenüber der von 1921, daß die Zahl der Tschechen zum Nachteil der Sudetendeutschen zugenommen habe. Polizei- und Justizbeamte seien fast ausschließlich Tschechen. Die Deutschen müßten natürlich in der Armee dienen, aber die höheren Ränge seien ihnen verschlossen.

In der Industrie Böhmens seien diejenigen Industrien, die deutsche Handwerker und Arbeiter beschäftigten, durch die Weltkrise auf das schwerste betroffen worden. Zum Beispiel seien 1933 in der Porzellanindustrie von 757 000 Arbeitslosen ungefähr 400 000 Sudetendeutsche gewesen. In den deutschen Gebieten in der Tschechoslowakei befänden sich mehr Arbeitslose als in ganz Frankreich. Die deutschen Gebiete Böhmens stünden bezeichnenderweise in der Selbstmord-Statistik Europas an der Spitze!

Der Verfasser schildert dann den rücksichtslosen Kampf der Tschechen gegen die deutsche Sprache. Er weist besonders darauf hin, daß eine große Zahl deutscher Schulen geschlossen wurden und daß die gegenwärtige Zahl der deutschen Schulen nicht mehr der sudetendeutschen Bevölkerungsziffer entspreche. Es werden dann tschechische Polizeischikanen aufgezählt: „Pässe werden verweigert, Häuser durchsucht, Zeitungen zensiert und verboten, Bürger werden ins Gefängnis geworfen, ohne daß eine Klage gegen sie erhoben wird. Alles das im Namen der Demokratie!"

Die Tschechen behaupteten, daß die Sudetendeutschen noch immer ihre Loyalität zu beweisen hätten. Die Sudetendeutschen, die hierfür bereits alles Erforderliche getan hätten, könnten aber antworten, daß die Tschechen jedoch ihren Staat als einen reinen Slawenstaat betrachteten, der ihnen allein gehöre und in dem alle anderen Nationalitäten nur geduldet, aber nicht als gleichberechtigte Partner im Staatsleben herangezogen werden. Der Verfasser verweist dann auf die Reden Konrad Henleins, die stets den Geist einer restlosen Loyalität gegenüber dem tschechoslowakischen Staate atmeten.

Autonomie für Alexandrette.

Als Garant soll ein Völkerbundskommissar im Sandschak residieren.

Grundsätzliche Einigung.

DNB **Genf**, 24. Januar.

Die Vertreter Frankreichs und der Türkei haben im Beisein des schwedischen Außenministers am Sonnabend abend eine mehrstündige Besprechung abgehalten, in der, wie verlautet, eine grundsätzliche Einigung über das Schicksal des Sandschaks erzielt worden ist. Danach soll das Gebiet von Alexandrette und von Antiochien im Rahmen des syrischen Staates volle verwaltungsmäßige Autonomie unter der Garantie des Völkerbundes erhalten. Die juristischen Einzelheiten dieses Planes sollen alsbald ausgearbeitet werden.

Die Grundlagen der am Sonnabend erzielten Verständigung in der Sandschak-Frage sind von der türkischen Abordnung am Sonntag vormittag telegraphisch nach Ankara übermittelt worden. Gleichzeitig haben die Rechtssachverständigen der beiden Abordnungen zusammen mit dem schwedischen Außenminister die Ausarbeitung der Einzelheiten in Angriff genommen. Näher zu bestimmen ist insbesondere noch die Form der Völkerbundsgarantie. Diese soll wahrscheinlich durch einen im Sandschak residierenden Völkerbundskommissar ausgeübt werden. Das Gebiet wird, wie weiter verlautet, entmilitarisiert werden. Für seine Verteidigung gegen äußere Angriffe soll ein türkisch-französisches Militärabkommen Sorge tragen. Die Voraussetzungen und die Art des Wirksamwerdens dieser Garantie bedarf gleichfalls einer genauen Festlegung. Die Autonomie soll sehr weitgehend sein und praktisch einer staatlichen Eigenständigkeit gleichkommen. Demgemäß sollen eingehende Bestimmungen über den Schutz der arabischen, armenischen und anderen Minderheiten getroffen werden. Die syrische Regierung soll hinsichtlich des Sandschaks im wesentlichen nur zur Führung der auswärtigen Angelegenheiten und in gewissen Finanzfragen zuständig sein.

Säuberungsaktionen der nationalen Südarmee.

Verräterische Rubelscheine.

DNB **Salamanca**, 24. Januar.

Am Sonnabend haben die nationalen Truppen an der Mittelmeerfront nur kleinere Operationen durchgeführt, die vor allem der Säuberung des in den Vortagen eroberten Gebietes dienten. In der Provinz Granada griffen, wie der nationale Heeresbericht meldet, Truppen der Südarmee die bolschewistischen Stellungen am Cerro de la Cruz bei Cogollo Vega an. Die bolschewistischen Banden ergriffen die Flucht und ließen 12 Tote und zahlreiche Pferde mit Lasten zurück.

Im Gebiet von Alhama (nordöstlich von Malaga) wurden bei leichter Gefechtstätigkeit Säuberungsaktionen durchgeführt. Es wurden die Leichen von weiteren 115 Bolschewisten aufgefunden sowie 55 Gewehren, 54 Jagdflinten, 27 Pistolen, Personen- und Lastkraftwagen und anderes Kriegsmaterial erbeutet. Die im Abschnitt Ochichar operierenden nationalen Abteilungen erbeuteten 24 Pferde, 25 Gewehre sowie zahlreiche Handgranaten und Maschinenpistolen. 32 Bolschewisten fielen im Kampf.

An der Front in der Provinz Jaén wurde ein bolschewistischer Gegenangriff in Richtung auf Almedinilla und Villafranca blutig zurückgewiesen.

An sämtlichen Fronten, besonders in Andalusien, laufen aus dem bolschewistischen Lager zahlreiche Milizen sowie Familien, die der Sowjetherrschaft entfliehen wollen, über.

An der Madrider Front wurde wieder ein bolschewistischer Gegenangriff mit starken Verlusten für die Angreifer abgeschlagen.

17 nationale Bombenflugzeuge setzten ihre bereits an den Vortagen durchgeführten Bombenabwürfe über den bolschewistischen Stellungen um Madrid fort, um diese sturmreif zu machen. Im Abschnitt Cerro de los Angeles war heftiges Artilleriefeuer zu vernehmen. Nationale Truppen bargen dort ein Maschinengewehr und 40 Gewehre sowie einen verwundeten Milizmann aus Murcia, der berichtete, daß in dortiger Gegend sämtliche Gewerkschaftsangehörige eingezogen und in aller Eile an die Madrider Front geworfen seien. In der Brieftasche eines gefallenen Milizmannes fand man zehn Geldscheine im Gesamtbetrag von 50 000 Rubeln. Es handelt sich um das „Sondergeld", mit dem Moskau die ausländischen Söldner „bezahlt", das jedoch tatsächlich gar keinen wirklichen Geldwert hat.

In der Nacht versuchten die Bolschewisten in der Nähe von Aravaca einen Ueberfall, der scheiterte und bei dem sie 12 Tote und mehrere Verwundete einbüßten.

Britisches Konsulat in Malaga geschlossen.

£ **London**, 25. Januar.

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat die britische Regierung ihr Konsulat in Malaga geschlossen. Der Konsul hat die Anweisung erhalten, sich nach Gibraltar zu begeben. Die Anweisung ist darauf zurückzuführen, daß das britische Außenamt damit rechnet, daß Malaga bei den zu erwartenden Kämpfen schwer beschossen wird. In Malaga sind 30 britische Staatsangehörige verblieben, obwohl sie mehrfach gewarnt worden waren.

Belgiens Kammerpräsident in Valencia.

Die belgische Oeffentlichkeit empört.

:: **Brüssel**, 23. Januar.

Die plötzliche Abreise des belgischen Kammerpräsidenten und Oberbürgermeisters von Antwerpen, des Marxisten Camille Huysmans, ins Ausland hat in Belgien großes Aufsehen erregt. In den Zeitungen erschienen die widersprechendsten Meldungen. Es hieß, er sei nach Paris abgereist, wo er mit Léon Blum eine Unterredung haben sollte, und werde sich danach zur „Erholung" nach Spanien begeben und seine Tochter besuchen, die als Krankenpflegerin auf Seiten der Bolschewisten tätig ist.

Nach einer Meldung aus Valencia ist der Kammerpräsident „an der Spitze einer belgischen parlamentarischen Delegation dort eingetroffen. Die belgischen Parlamentarier hätten sich am Freitag mit den spanischen Bolschewistenhäuptlingen unterhalten. Sie würden die Gelegenheit benutzen, um bei dem sogenannten „Präsidenten der Republik" eine „Audienz" zu erhalten. Die „Antwerpener Volksgazette" schreibt hierzu, daß sich die marxistischen Abgeordneten Anseele, Bouset und Isabella Blume in Gesellschaft des Kammerpräsidenten befänden. Der Zweck dieses Besuches sei, eine Hilfsorganisation für die Opfer der spanischen Ereignisse zu schaffen, die sich auf England und Frankreich erstrecken solle.

Diese Nachrichten haben in der bürgerlichen Presse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Der Brüsseler „Standard" bemerkt, eine Frage bedürfe, was Huysmans auch in Spanien tun mögen, dringend der Aufklärung. Der stellvertretende Bürgermeister von Antwerpen habe einem Pressevertreter erklärt, daß Huysmans in offizieller Mission bei Léon Blum weile. Sei Huysmans der Verbindungsmann zwischen der belgischen Regierung, der Regierung Blum und der sogenannten Regierung von Valencia? Lasse sich eine solche „diplomatische Aktion" mit dem Amt und der Würde eines belgischen Kammerpräsidenten und Oberbürgermeisters von Antwerpen in Einklang bringen? Nach dem grauenhaften Mord an Baron de Borchgrave, der in jedem anderen Lande den sofortigen Abbruch der Beziehungen der Bolschewisten in Valencia zur Folge gehabt haben würde, müsse man es als eine große Entgleisung ansehen, wenn Camille Huysmans und seine marxistischen Freunde in Valencia den Eindruck erweckten, eine offizielle Abordnung der belgischen Regierung zu sein.

Das nationale Frankreich gegen die Volksfront-Regierung.

(!) **Paris**, 24. Januar.

Der ehemalige Pariser Polizeipräsident Chiappe unterzog am Sonntag in Neufehateau die Volksfront-Regierung einer scharfen Kritik. Die Vermehrung der Konfliktsursachen, die Bruderkämpfe, die Erschwerung der Lage in Handel und Industrie, das Versiegen von Einkommensquellen und gleichzeitig die täglich zunehmende Erniedrigung Frankreichs vor der zivilisierten Welt sagte er, seien keine guten Mittel, die nationale Harmonie und den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten. Chiappe forderte alle national denkenden Franzosen auf, die bisherige Methode zu ändern. Man müsse sich wie ein Man gegen die Arbeit der Gegner richten und eine wirksame Opposition schaffen. Eine Uebernahme der Regierungsgewalt durch die Marxisten sei notwendigerweise der Auftakt zu einer bolschewistischen Diktatur.

Schweizer Grenzschutz muß kommunistische Uebergriffe verhindern.

DNB **Genf**, 24. Januar.

Die Genfer Zeitungen berichten über kommunistische Ausschreitungen in dem benachbarten französischen Ort Ferney Voltaire, wo am Sonnabend abend eine Versammlung der französischen Sozialpartei stattfand. Kommunisten in der Stärke von etwa 100 Mann trafen in mehreren Autobussen im Laufe des Abends zu einer Gegenkundgebung ein. Unter wüstem Geschrei umstellten sie das Gebäude, in dem die Versammlung stattfand. Nachdem sie sich durch bolschewistische Lieder und die üblichen Verwünschungen gegen Oberst de la Rocque „Mut" gemacht hatten, versuchten sie, das Lokal zu stürmen. Es gelang ihnen aber nur, die Fensterscheiben einzuschlagen. Auf dem Rückwege zerschnitten die kommunistischen Radaubrüder an mehreren Automobilen der Versammlungsteilnehmer die Gummireifen und schlugen die Wagenfenster ein. Die Kommunisten versuchten sogar die jenseits der schweizerischen Grenze stehenden Kraftwagen zu demolieren. Sie wurden aber am Grenzübertritt durch ein starkes Aufgebot des inzwischen alarmierten Genfer Grenzschutzes verhindert, der ihnen mit schußfertigem Gewehr den Weg versperrte.

Wegen Beleidigung des Führers vor Gericht.

Berufungsverhandlung gegen den Hauptschriftleiter eines holländischen Marxistenblattes.

:: **Amsterdam**, 23. Januar.

Am 21. Januar fand vor dem Gerichtshof in Amsterdam eine Berufungsverhandlung gegen den Hauptschriftleiter des Marxistenblattes „Het Volk", J. P. Ankersmit, wegen Beleidigung des Führers statt. Ankersmit war in erster Instanz zu einer Geldstrafe von 150 Gulden bezw. 15 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Die Anklage erfolgte wegen „Beleidigung des Oberhauptes eines befreundeten Staates" und gründete sich auf die Tatsache, daß „Het Volk" anläßlich der Beisetzung Gustloffs eine gemeine Karrikatur des Führers gebracht hatte. Der Generalstaatsanwalt beantragte Bestätigung des Urteils erster Instanz. Der Gerichtshof hat die Urteilsverkündung auf den 4. Februar festgesetzt.

Eine neue Epoche auf dem Balkan.

Das jugoslawisch-bulgarische Freundschaftsabkommen unterzeichnet.

DNB **Belgrad**, 24. Januar.

Die Unterzeichnung des jugoslawisch-bulgarischen Abkommens, das die Bezeichnung „Freundschaftspakt zwischen Jugoslawien und Bulgarien" trägt, erfolgte am Sonntag vormittag durch den jugoslawischen Ministerpräsidenten Dr. Stojadinowitsch und den bulgarischen Ministerpräsidenten Dr. Kiosseiwanoff im hiesigen Außenministerium.s

Der Pakt enthält nach der üblichen Präambel nur zwei Artikel. Artikel 1 lautet:

Zwischen dem Königreich Jugoslawien und dem Königreich Bulgarien wird unverletzlicher Friede und aufrichtige sowie ewige Freundschaft herrschen.

Artikel 2 bestimmt, daß der Vertrag nach dem baldmöglichst in Belgrad vorzunehmenden Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft tritt.

Die Unterzeichnung des Freundschaftspaktes erfolgte unter stärkster Anteilnahme der ganzen Oeffentlichkeit. Dem bulgarischen Ministerpräsidenten wurde, als er mit seiner Gattin am Sonntag früh in Belgrad eintraf, ein besonders freundschaftlicher Empfang bereitet. Die Hauptstadt hatte Flaggenschmuck in den jugoslawischen und bulgarischen Farben angelegt.

Die gesamte Belgrader Presse veröffentlicht anläßlich der Abkommens-Unterfertigung herzlich gehaltene Artikel. Das halbamtliche Blatt „Wreme" würdigt die Verdienste des bulgarischen Ministerpräsidenten für das Zustandekommen des Paktes. Kiosseiwanoff habe seit seiner Belgrader Gesandtentätigkeit als Pionier der bulgarisch-jugoslawischen Verständigung gewirkt. Jugoslawien begrüße sein Kommen, das nicht nur den ewigen Frieden zwischen Bulgarien und Jugoslawien sondern auch eine neue Epoche auf dem Balkan einleite, besonders warm. Von heute an beginne für den ganzen Balkan eine neue Zeit.